

Schreiben an alle Diensteinheiten zur Verhinderung einer Neuformierung der AG Staatsbürgerschaftsrecht

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Staatssicherheitsorgane nahmen über hundert Gegendemonstranten fest. Fortan sollte die Stasi mögliche Gegenreaktionen der impulsgebenden "Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" verhindern.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen. So wurden 150 Personen genötigt, ihr Fernbleiben von der Gedenkveranstaltung schriftlich zuzusichern.

Viele wurden in ihren Wohnungen festgehalten oder auf dem Weg zum Treffpunkt abgefangen. Dutzende Ausreisewillige wurden, zum Teil noch vor der Veranstaltung, innerhalb von 24 Stunden in den Westen abgeschoben. Die Staatssicherheitsorgane nahmen insgesamt über hundert Gegendemonstranten fest.

Trotz aller Maßnahmen der Stasi gelang es Protestierenden jedoch am 17. Januar, in die Nähe des offiziellen Demonstrationszuges zu gelangen und ihre Transparente zu entrollen. Im vorliegenden Schreiben an alle Diensteinheiten behauptet Mielke-Stellvertreter Rudi Mittig jedoch, durch das Vorgehen des MfS am Vortag sei ein Missbrauch des Demonstrationszuges verhindert worden. Fortan solle alles daran gesetzt werden, eine Neuformierung und Gegenreaktionen der AG "Staatsbürgerschaftsrecht" zu verhindern.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8400, Bl. 1-2

Metadaten

Datum: 18.1.1988

Schreiben an alle Diensteinheiten zur Verhinderung einer Neuformierung der AG Staatsbürgerschaftsrecht

103440 11/88

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 18. 1. 1988
Stellvertreter des Ministers

Diensteinheiten
Leiter

Vertrauliche Verschlussart. BStU
VVS-e008 000001
MfS-Nr. 6/88
78 Ausf. Bl. 1 bis 1

Entsprechend den Aufgabenstellungen in meinem Schreiben vom 13. Januar 1988 (VVS Nr. 3/88) wurden am 17. Januar 1988 im engen Zusammenwirken des MfS, der Deutschen Volkspolizei und gesellschaftlicher Kräfte Versuche feindlich-negativer Kräfte, unter Mißbrauch der Kampfdemonstration in großem Umfang öffentlichkeitswirksam aufzutreten, konsequent unterbunden. Damit wurde zugleich eine ernsthafte Beeinträchtigung des Gedenkens an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhindert.

Es wurden Personen, insbesondere der sogenannten Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" angehörende Obersiedlungserachende zugeführt und Ermittlungsverfahren eingeleitet. Unter den Zugeführten befanden sich 12 Personen, die insgesamt 16 Spruchbänder und Texttafeln mit sich führten. Darunter befand sich auch der hinreichend bekannte sogenannte Liedermacher KRAWCZYK.

Es ist vorgesehen, die eingeleiteten Ermittlungsverfahren konzentriert weiter zu bearbeiten und nach Realisierung der beweisrechtlichen Erfordernisse mit dem Ziel der Verurteilung zu Freiheitsstrafen kurzfristig abzuschließen.

Durch zielgerichteten Einsatz aller geeigneten politisch-operativen Kräfte und Mittel sind Hinweise zu weiteren Aktivitäten der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" sowie Kräften, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken und eng mit dieser Arbeitsgruppe verflochten sind, zu erarbeiten.

Die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern in diesem feindlichen Personenkreis und unter deren Sympathisanten ist wesentlich zu qualifizieren.

Insbesondere sind die Pläne und Absichten zur Neuformierung ihrer Kräfte und zur Organisierung von Gegenreaktionen rechtzeitig zu erkennen und abgestimmt mit der ZKG und der Hauptabteilung XX zu vereiteln.

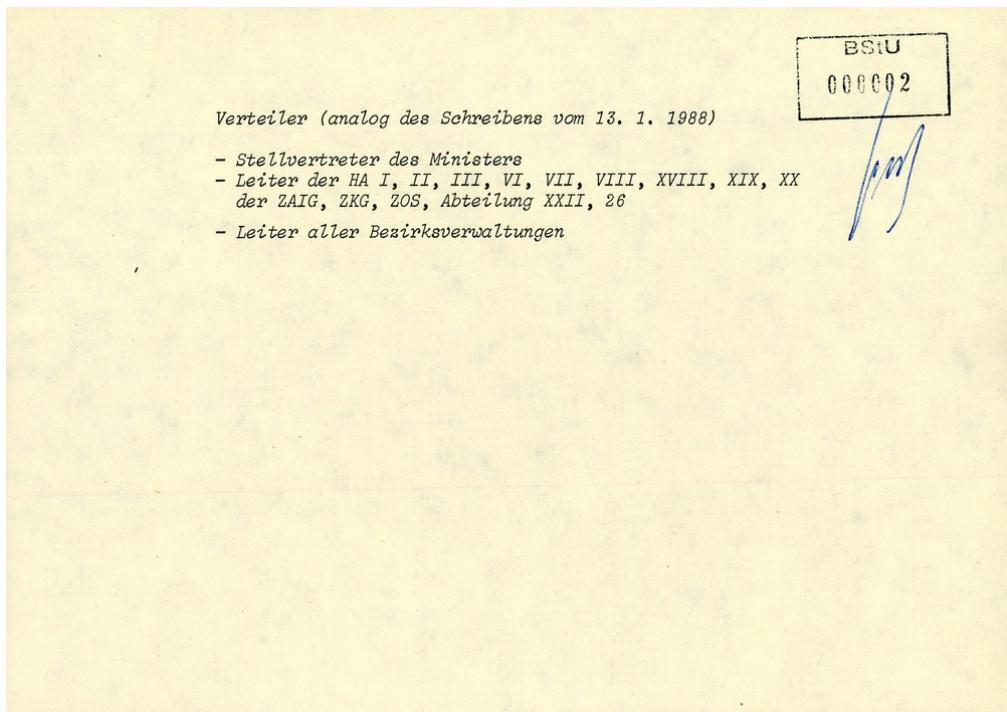
Die im Schreiben vom 13. 1. 1988 angewiesenen Maßnahmen zur Verhinderung der Bildung weiterer Gruppen, zur Ausweitung ihrer Verbindungen, Kontakte und Aktivitäten auf die Bezirke, sind konsequent weiterzuführen.

mitig
Generaloberst

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8400, Bl. 1-2

Blatt 1

Schreiben an alle Diensteinheiten zur Verhinderung einer Neuformierung der AG Staatsbürgerschaftsrecht



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8400, Bl. 1-2

Blatt 2